



Governance und politische Einbettung: Neue UN-Resolution zu Sicherheitssektorreform und Friedensförderung

Ende 2020 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zu *Security Sector Governance and Reform* (SSG/R). Sie bekräftigt, dass Reformen des Sicherheitssektors in vielen Fällen zur Friedensförderung beitragen können. Die Resolution unterstreicht die Erkenntnis der letzten Jahre, dass eindimensionale Ertüchtigungsmaßnahmen zu kurz greifen. Vielmehr sind internationale Aktivitäten zur Unterstützung des Sicherheitssektors in nationale Reformprogramme einzubetten und politisch zu begleiten. Der Governance – im Deutschen würde man dies mit Verfasstheit, Steuerung und Kontrolle des Sektors umreißen – gebührt dabei zentrale Aufmerksamkeit.

Unter dem Vorsitz Südafrikas debattierte der UN-Sicherheitsrat am 3. Dezember 2020, wie Sicherheitssektorreformen (SSR) zur **nachhaltigen Friedensförderung** beitragen. Anschließend verabschiedete er Resolution [SCR 2553 \(2020\)](#), die das Handeln der UN-Organisationen und der Mitgliedsstaaten in der nahen Zukunft bestimmen soll. Damit werden die Ansätze weiterentwickelt, die der Sicherheitsrat vor sechs Jahren in einer ersten Resolution zum Thema ([SCR 2151 \(2014\)](#)) formulierte.

Reformen des Sicherheitssektors sind inzwischen ein elementarer Aspekt vieler **Friedensabkommen** und auch der **Mandate von Friedenseinsätzen**. Organisationen wie ECOWAS, die OSZE oder die Weltbank unterstützen diese programmatisch und finanziell. Südafrikas [Konzeptnote](#) für die Debatte im Sicherheitsrat betont insbesondere das Streben der Afrikanischen Union (AU), im Rahmen ihrer „*Agenda 2063: The Africa We Want*“ die Waffen auf dem Kontinent zum Schweigen zu bringen. Auch hier sei SSR ein Schlüsselement, um diese Vision Realität werden zu lassen.

Defizite bisheriger SSR-Ansätze

Seit der Resolution von 2014 hat sich das UN-Sekretariat verschiedentlich mit der Umsetzung von SSR auseinandergesetzt. Entsprechende Aussagen finden sich in einem „*Thematic Report*“ des UN-Generalsekretärs, in Stellungnahmen des Präsidenten des Sicherheitsrats sowie in Reviews von Friedenseinsätzen, zu deren Mandat SSR-Aktivitäten gehören (u.a. in der Zentralafrikanischen Republik, Mali, Südsudan und der DR Kongo). Dabei wurden **Defizite** identifiziert, die die o.g. süd-afrikanische Konzeptnote für den Sicherheitsrat wie folgt zusammenfasst:

- UN-Mandate vernachlässigen oft die Bedeutung der **Governance** des Sicherheitssektors und der Inklusivität nationaler Reformprozesse;
- Friedenseinsätze und UN-Organisationen verknüpfen ihre Mandate nicht genügend mit der **Koordinierung** der internationalen Unterstützung, es fehlen Leitlinien des Sicherheitsrats;
- erforderlich ist ein **Whole-of-Mission-Ansatz**, der sicherstellt, dass SSR-Aktivitäten eine Querschnittsaufgabe aller vor Ort präsenten UN-Institutionen sind;
- SSR-Aktivitäten sind häufig **unterfinanziert**, weil sie nicht die Kriterien der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) erfüllen;
- **Frauen** sind in SSG/R-Prozessen und Institutionen oft unterrepräsentiert und werden auch in der Förderung nicht ausreichend berücksichtigt.

Kernaussagen der Resolution 2553 (2020)

Die jüngste Resolution des Sicherheitsrats bezweckt, die benannten Defizite zu überwinden. Sie betont, dass SSG/R eine **Schlüsselrolle in der Konfliktbearbeitung** zukommt. Denn ein schwacher Sicherheitssektor, gepaart mit mangelnder Legitimität seiner Akteure, unterminiert die Fähig-

keit von Staaten, Frieden und Sicherheit nachhaltig zu gewähren – und macht damit auch die Erfolge internationaler Friedenseinsätze zunichte. Die Resolution trifft hierzu zwei Kernaussagen:

1. **Die Governance des Sicherheitssektors ist zentral.** Erfolge und Misserfolge von Reformen hängen davon ab, inwieweit sie die Governance – also die Verfasstheit, Steuerung und Kontrolle – des Sektors verbessern. Seine Organe tragen Verantwortung, die Sicherheitsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung effektiv zu befriedigen und das Vertrauen der Bevölkerung in sie zu stärken. Transparenz und demokratische Kontrolle stärken die Legitimität seiner Institutionen und Akteure. Damit der Sektor zur Friedensförderung beiträgt, ist die angemessene Teilhabe von Frauen und Jugendlichen an SSR-Prozessen zu gewährleisten.
2. **Politische Einbettung ist notwendig.** Reformaktivitäten müssen in einen politischen Prozess eingebettet sein, der die gesamte Sicherheitsarchitektur des jeweiligen Landes betrifft. Nationale Rahmenstrategien, Reviews und Pläne sind wichtige Instrumente, Orientierung zu schaffen. Inklusive Sicherheitsdialoge können die berechtigten Anliegen der Zivilgesellschaft aufnehmen. Rein technische Ertüchtigungsmaßnahmen (*train and equip*) alleine greifen zu kurz.

Die Resolution zielt auch auf eine bessere Aufstellung des UN-Systems. Sie fordert die **UN-Sondergesandten und Missionsleiter** dazu auf, SSG/R in ihre Aktivitäten zu integrieren. Hierzu zählen vertrauensbildende Maßnahmen, aber auch die Koordinierung der externen Unterstützung durch und innerhalb der **UN Country Teams**. Besondere Aufmerksamkeit gebührt der Erfolgssicherung beim Abzug von Friedenseinsätzen und der Übergabe von Verantwortung an lokale und internationale Akteure (*transition*). Dafür müssen angemessene Mittel bereitgestellt werden.

Fazit und Ausblick

Dass der Sicherheitsrat dem von Südafrika initiierten Resolutionsentwurf zustimmte, ist nicht selbstverständlich. Einige seiner Mitglieder sind sehr skeptisch, denn sie vermuten, ihre **souveränen Rechte** seien berührt. Ein [Bericht](#) zur Debatte beschreibt, dass die ständigen Mitglieder Russland und China Vorbehalte gegen die Betonung einer Rolle von SSG/R in der *Prävention* von Konflikten äußerten. Einwände gab es offenbar auch hinsichtlich der Betonung von menschenrechtlichen Prinzipien und Geschlechtergerechtigkeit. Deshalb fokussiert die verabschiedete Resolution auf Post-Konflikt-Situationen und beinhaltet Formelkompromisse, ohne die genannten Aspekte gänzlich unter den Tisch fallen zu lassen.

Ein politischer Meilenstein ist die starke Betonung der **Verfasstheit und der politischen Einbettung von Reformen** dennoch. Die durchgehend gleichberechtigte Verwendung von *security sector reform* und *security sector governance and reform* im Resolutionstext bekräftigt dies. Dabei betont die Resolution die **souveräne Verantwortung der Staaten** für ihren Sicherheitssektor. Die Führungsrolle nationaler Institutionen ist unabdingbar, externe Akteure können lediglich unterstützen.

Die Resolution trägt eine ausgeprägte afrikanische Handschrift. Sie fordert die Stärkung regionaler Partnerschaften, insbesondere zwischen AU und UN. Dies soll auch zur Finanzierung von Aktivitäten auf jenem Kontinent beitragen, auf dem ein Großteil der SSG/R-Mandate der UN umgesetzt wird. Als **Referenzdokument für internationale SSG/R-Aktivitäten** weist die Resolution aber über Afrika hinaus.